

.....
In dieser Ausgabe u. a.

- Wissenschaftsminister Stratmann zu Gast bei der Bauindustrie
- Koalitionsvereinbarung: PPP bleibt auf der politischen Agenda
- Stabilisierung der Baunachfrage kommt voran!
- Der aktuelle Kommentar: Berliner Kochbuch oder viele Köche verderben den Brei

.....

Minister Stratmann beim Hochschultag der Bauindustrie 2005

(brb).- Der Hochschultag der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen 2005 führte am 30. November Professoren niedersächsischer Hochschulen, Bauunternehmer sowie Vertreter aus Politik und Verwaltung auf Einladung des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen und der Ingenieurkammer Niedersachsen im Ausbildungszentrum Mellendorf zusammen.

Der Präsident des Verbandes, Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold, betonte in seiner Eröffnung das Interesse der Bauwirtschaft an neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und deren Umsetzung in der Praxis. Nach wie vor sei qualifizierter Nachwuchs für zukünftige Führungspositionen in Bauunternehmen, der an den Universitäten und Fachhochschulen Niedersachsens ausgebildet wird, von großer Bedeutung. Es gelte, die Stärken niedersächsischer Hochschulen auszubauen und diesen Einrichtungen die nötigen Finanzmittel zu verschaffen. Dazu sollten auch die zukünftigen Studiengebühren eingesetzt werden, die nicht auf die normalen Haushaltsmittel angerechnet werden dürften. Dipl.-Ing. Hans-Ullrich Kammeyer, Präsident der Ingenieurkammer Niedersachsen, begrüßte die Teilnehmer im Namen des Mitveranstalters und unterstrich den Wert der Ingenieure für dieses Land.

Prof. Dr.-Ing. habil Raimund Rolfes, Institut für Statik und Dynamik der Universität Hannover, stellte Forschungsinhalte auf dem Gebiet der Schwingung und Verbunde für multifunktionale, leichte und langlebige Tragstrukturen der Zukunft vor. Ziel der Wissenschaftler sei es, eine hohe Funktionalität der Materialien bei niedrigen Kosten und gleichzeitiger Schonung der Umwelt zu erreichen. Diese Anforderungen würden gleichermaßen im Bauwesen, im Maschinenbau und in der Luft- und Raumfahrt

gelten. Neue Verbundwerkstoffe, der stetige Zuwachs der Rechnerleistungsfähigkeit sowie die Miniaturisierung von Sensorik und Elektronik beeinflussten heute wesentlich die aktuellen Entwicklungsrichtungen für Tragstrukturen der Zukunft. Prof. Rolfes zeigte anhand von Offshore-Windkraftanlagen, der Außenhaut des Airbus A 380 und einer Fußgängerbrücke aus Schwerin, welche Einsparungen bei Werkstoffen und welche Erkenntnisse des Lebenszyklus von Strukturen zu erzielen seien.

Der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kultur, Lutz Stratmann, erläuterte die Ziele der Niedersächsischen Hochschulpolitik. Er machte deutlich, dass im Rahmen der Neustrukturierung der Studiengänge durch den Bolognaprozess zukünftig mehr Weiterbildungsstudiengänge eingeführt werden müssten. Verstärkt worden sei die Autonomie der Hochschulen, die auch selbstständig den Hochschulzugang regeln könnten. Durch den Zukunftsvertrag zwischen dem Land und den Hochschulen sei ein fester Finanzierungsrahmen gesichert; er versicherte, dass die Studiengebühren den Hochschulen zusätzlich zufließen würden.

Prof. Dipl.-Ing. Heinz Pätzold von der Fachhochschule Oldenburg berichtete über den aktuellen Stand zur Thematik „Griffige Straßen und Messmethoden“. Im Laufe der Zeit habe sich herausgestellt, dass SCRIM das einzig zuverlässige Messsystem sei, das zur Feststellung der Griffigkeit von Straßenoberflächen geeignet sei. Gleichwohl hätten sich in vielen Bereichen Messprobleme ergeben, die abgestellt werden müssten. So habe die zuständige Arbeitsgruppe der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen eine Resolution verfasst, SCRIM bei Kontrollprüfungen nicht mehr anzuwenden. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen habe darauf bisher nicht reagiert. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die verbesserte Technik im Bremsbereich auch ihren Einfluss auf die Entwurfsrichtlinien im Straßenbau haben müsse. Diese sollten den technischen Fortschritt berücksichtigen. Wenn die Grenzwerte der Griffigkeit entsprechend angepasst würden, könnten auch Mineralstoffe aus Niedersachsen wieder im Deckenbau eingesetzt werden.

Im Anschluss an die Vorträge wies Prof. Michael Sommer, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes, auf die Möglichkeit hin, über die Stiftung der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen Zertifikatslehrgänge in den Ausbildungszentren für Studenten niedersächsischer Hochschulen zu fördern.

Koalitionsvereinbarung: PPP bleibt auf der politischen Agenda

(brb).- Die neue Bundesregierung will stärker auf öffentlich-private Partnerschaften setzen. Öffentlich-private Partnerschaften seien ein erfolversprechender Weg, um Defizite bei der Bereitstellung öffentlicher Leistungen zu schließen, heißt es in der vorgestellten Koalitionsvereinbarung. Mit dem Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung von öffentlich-privaten Partnerschaften seien in der 15. Legislaturperiode die gesetzlichen Rahmenbedingungen bereits verbessert worden. Mit einer Novellierung des Gesetzes solle dieser Weg nun fortgesetzt und weitere Hemmnisse abgebaut werden.

Vordringlich sei – so die Koalitionspartner – die Beseitigung der Diskriminierung von öffentlich-privaten Partnerschaften (z.B. im Umsatzsteuerrecht, im Krankenhausfinanzierungs- und Sozialhilfegesetz, im Investmentgesetz und im Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz), notwendig seien aber auch neue gesetzliche Bestimmungen, die sicherstellen, dass auch der Mittelstand von ÖPP profitieren kann.

Die neue Bundesregierung will aber auch außerhalb des ÖPP-Beschleunigungsgesetzes „innovative Wege der Finanzierung durch Public Private Partnership (PPP)“, ergänzend zur Finanzierung der Infrastruktur aus öffentlichen Haushalten eröffnen. Mit dem Einstieg in die Lkw-Maut, der Einrichtung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) und dem Einsatz von Betreibermodellen sei in Deutschland erstmals die Möglichkeit geschaffen worden, die Infrastrukturfinanzierung im Verkehrsbereich auf eine breitere Basis zu stellen. Ziel sei es, mehr privates Kapital für den Verkehrswegebau zu mobilisieren. Das solle durch mehr Public Private Partnership und neue innovative Finanzierungsinstrumente sowie durch die Erweiterung der Aufgabenstellung der VIFG erreicht werden. Die Koalition wird die Kreditfähigkeit der VIFG prüfen.

Trotzdem müssten die Kosten für die Mobilität sozial verträglich bleiben, heißt es in der Koalitionsvereinbarung. Dabei verzichten die Koalitionspartner aber auf die zunächst im Koalitionsvertrag vorgesehene offene Ablehnung einer Pkw-Maut. Der Satz „Eine Pkw-Maut lehnt die Koalition ab.“ ist nach Intervention des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie in den Abschlussberatungen wieder gestrichen worden. Der CDU-Abgeordnete Georg Brunnhuber hat dies in einem dpa-Interview u.a. damit begründet, dass die in Vorbereitung befindlichen F-Modelle nicht gefährdet werden sollen.

Die Koalitionspartner wollen die Arbeit der PPP Task Force des Bundes verstärken. Die Zahl der Pilotprojekte soll steigen, einheitliche PPP-Vertragsstrukturen sollen entwickelt, allgemein anerkannte Regeln für die Wirtschaftlichkeitsanalyse eingeführt werden.

Die Fehmarnbelt-Querung soll als internationales PPP-Referenzvorhaben realisiert werden.

Baukonjunktur: Stabilisierung der Baunachfrage kommt voran!

(brb).- Die Deutsche Bauindustrie sieht eine realistische Chance, den seit 1995 anhaltenden negativen Umsatztrend im Bauhauptgewerbe 2006 zu brechen. Wie die Deutsche Bauindustrie anlässlich ihrer Herbstpressekonferenz mitteilte, rechnet sie für 2006 – unter günstigen Bedingungen – sogar mit einem Umsatzplus von bis zu 1 Prozent. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass sich die neue Bundesregierung – nach dem zu erwartenden obligatorischen Kassensturz – nicht in eine Haushaltssperre zu Lasten der öffentlichen Investitionen flüchte, der zögerlich anlaufende Investitionsmotor nicht durch eine gesamtwirtschaftliche Abkühlung wieder gebremst werde und die kommunalen Gewerbesteuerreinheiten weiter zunähmen.

Die Deutsche Bauindustrie stützt ihre Prognose auf die Stabilisierung der Baunachfrage zur Mitte des Jahres 2005: Die Unternehmen konnten bundesweit zwischen Mai und Juli 2005 immerhin ein leichtes Auftragsplus von 1,3 Prozent verbuchen. Positiven Impulsen im Wirtschaftsbau (+ 5 Prozent) und im öffentlichen Bau (+ 1,9 Prozent), stehen allerdings nach wie vor schwache Auftragseingänge im Wohnungsbau (- 7,5 Prozent) gegenüber. Das „Nachfrageloch“ zu Beginn des Jahres wirkt jedoch in den kumulierten Auftragseingängen nach. Für die Monate Januar bis Juli 2005 ergibt sich deshalb noch ein Auftragsminus von 5,4 Prozent (Wirtschaftsbau: - 3,8 Prozent, öffentlicher Bau - 4,8 Prozent, Wohnungsbau - 9,9 Prozent).

Die sich abzeichnende Stabilisierung der Baunachfrage wird sich jedoch noch nicht in einer verbesserten Umsatzentwicklung niederschlagen. Die positiven Impulse aus dem Wirtschaftsbau kämen zu spät und seien auch noch zu schwach, als dass sie die Ausfälle im Wohnungsbau ausgleichen könnten; es sei deshalb davon auszugehen, dass die Umsätze 2005 noch einmal um 5 bis 6 Prozent zurückgehen würden.

Insgesamt blicken die Bauunternehmen wieder optimistischer in die Zukunft: 58 Prozent erwarten nach dem Ifo-Konjunkturtest für die nächsten Monate eine gute bzw. zumindest befriedigende Geschäftslage. Ein Wert, der zuletzt im Jahr 2000 übertroffen wurde. Die Aufhellung der Stimmung geht einher mit einer verbesserten Kapazitätsauslastung: In den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten kam im 2. Quartal 2005 auf jeden gewerblich Beschäftigten ein Auftragsbestand von 67.500 Euro; dies waren 45 Prozent mehr als zu Beginn der Baukrise im Jahr 1995 und 23 Prozent mehr als im Jahre 2000.

Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte

(brb).- Nachdem bereits kürzlich das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz die Ansicht vertreten hatte, dass auch unterhalb des EU-Schwellenwertes von derzeit 5 Millionen Euro Auftragsvolumen ein gerichtlicher Primärrechtsschutz gegeben ist, hat sich auch das OVG

Nordrhein-Westfalen in einem Beschluss vom 20. September 2005 dieser Ansicht angeschlossen. Die Vergabe öffentlicher Aufträge durch Körperschaften des öffentlichen Rechts sei aufgrund der spezifischen öffentlich-rechtlichen Vorgaben für diesen Vorgang im Sinne der sog. Zweistufen-Theorie im Gegensatz zum aufgrund der Vergabeentscheidung geschlossenen Vertrag und dessen Abwicklung als öffentlich-rechtlich zu qualifizieren. Damit wäre der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten eröffnet.

Ebenfalls in Richtung der Gewährung gerichtlichen Rechtsschutzes unterhalb der Schwellenwerte zielt der Entwurf einer Mitteilung der EU-Kommission zur Anwendbarkeit des Gemeinschaftsrechtes auf Vergaben, die nicht oder nur teilweise von den EG-Richtlinien für öffentliche Aufträge erfasst werden. Unter Hinweis auf die Rechtsprechung des EuGH erläutert die Kommission, dass die Grundfreiheiten des EG-Vertrages und die primärrechtlichen Grundprinzipien der Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Transparenz auch für Vergaben unterhalb der Schwellenwerte zu beachten sind. Mit Blick auf den Rechtsschutz geht die Kommission davon aus,

- dass auch für die genannten Vergabe außerhalb des Anwendungsbereichs der EG-Richtlinien – und damit auch für Vergaben unterhalb der Schwellenwerte – Rechtsschutz gewährt werden müsse und
- der Rechtsschutz nicht geringer sein dürfe, als derjenige für vergleichbare Klagen auf der Basis des nationalen Rechts.

Unter Berufung auf die EuGH-Rechtsprechung hält die Kommission es für angemessen, bei Vergaben mit nur sehr geringfügigen Auftragswerten angesichts fehlender Relevanz für den Binnenmarkt eine Verletzung des EG-Primärrechts zu verneinen. Dementsprechend will sie behauptete und vermutete Vertragsverletzungen im Regelfall erst bei Vergaben oberhalb des Auftragswertes von 10 Prozent der EG-Schwellenwerte verfolgen. Allerdings behält sie sich vor, in Fällen von besonderer Bedeutung auch bei kleineren Auftragswerten zu intervenieren.

Verkehrsinvestitionen angehoben

(btb).- Ein umfangreiches Kapitel in der Koalitionsvereinbarung der neuen schwarz-roten Bundesregierung ist dem Bereich „Infrastruktur, Verkehr, Bau, Wohnen“ gewidmet. Die Verkehrsinvestitionen sollen in der kommenden Legislaturperiode um 4,3 Milliarden Euro erhöht werden, das sind gut eine Milliarde Euro jährlich. Die Koalition stellt fest, dass grundsätzlich alle Verkehrsträger gleichwertig sind. Die Verkehrsinvestitionen sollen verstetigt und damit langfristige Planungssicherheit geschaffen werden. Angestrebt ist die Mobilisierung von privatem Kapital für den Verkehrswegebau. Die Aufgabenstellung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft soll erweitert werden; geprüft wird die Kreditfähigkeit der VIFG.

Im Bereich der Verkehrswegeplanung sollen die Planfeststellungsbeschlüsse zehn Jahre mit einer einmaligen

Verlängerungsmöglichkeit von fünf Jahren gelten. Klagen gegen Bundesvorrangprojekte sollen nur beim Bundesverwaltungsgericht behandelt werden.

An der Städtebauförderung als gemeinsamer Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden wird festgehalten. Das Förderprogramm Stadtumbau Ost soll fortgesetzt und nach einer Zwischenevaluierung entschieden werden, wie es über 2009 hinaus fortgesetzt werden soll.

Der aktuelle Kommentar:

Berliner Kochbuch oder viele Köche verderben den Brei

(brb).- Der Berliner Koalitionsvertrag ähnelt einem Kochbuch, bei dessen Konzeption Küchenmeister Schmalhans zu Rate gezogen wurde. Notgedrungen enthalten die Abmachungen der Regierungsparteien mehrheitlich Rezepte, die aus der Abmagerungsklinik zu stammen scheinen und wenig appetitanregend sind. Nach der Lektüre lässt sich jedenfalls erkennen, was Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU/CSU und SPD demnächst aufzutischen gedenken.

Zunächst wird sich mit dieser politischen Diätkost leben lassen. Aber es ist natürlich schon etwas merkwürdig, dass in dem umfangreichen Koalitionsvertrag auf der einen Seite die Lösung unerhört wichtiger Aufgaben wie die Gesundheitsreform der Einfachheit halber vertagt wurde, auf 2006 nur und hoffentlich nicht auf den Sankt Nimmerleinstag. Andererseits ist es nachgerade bemerkens- und ausgesprochen lobenswert, dass die schwarz-rote Regierung in dem für die Konjunkturbelebung und mehr noch für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands bedeutsamen Investitionsbereich vieles von dem anpacken und voranbringen will, was Rot-Grün sträflich vernachlässigte.

Nur zu! Die Absicht, mehr privates Kapital zur Finanzierung von Infrastrukturvorhaben zu mobilisieren, lässt sich eigentlich rasch verwirklichen. So schnell wie irgend möglich sollte das vorgesehene neue ÖPP-Gesetz vorhandene Diskriminierungen aus der Welt zu schaffen sowie neue Handlungsfelder und Chancen für PPPs eröffnen. Keinesfalls auf die lange Bank geschoben werden darf das Gesetz zur Planungsbeschleunigung. Der Normenkontrollrat würde besser schon morgen als übermorgen berufen, um endlich den Abbau teurer, wirtschaftshemmender und überflüssiger bürokratischer Vorschriften in die Wege zu leiten. Doch genug aus der Liste jener Ankündigungen des Koalitionsvertrags, deren Umsetzung übrigens nicht nur nichts kostet, sondern mittelfristig Vater Staat und damit jedermann sogar einiges einbringen wird.

Alles, was ohne Geld nicht zu haben und zu verändern ist, machen die Koalitionspartner in ihren Vereinbarungen gescheiterweise von der Kassenlage abhängig. Finanzierungsvorbehalte sind allerdings nicht brauchbar als Markenzeichen einer Haushaltspolitik, die verlässlich sein möchte. Die Bundeskanzlerin und ihr Finanzminister werden sich anstrengen und allerhand einfallen las-

sen müssen, um Einnahmen und Ausgaben allmählich wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Das wird am ehesten gelingen, wenn sie erkennen, dass Konsolidieren und Investieren zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.

Bauwirtschaft als Schlüsselbranche

(brb).- In der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung heißt es, dass die Bauwirtschaft mit einem realen Bauvolumen im Jahre 2005 von rund 220 Milliarden Euro nach wie vor die bedeutendste Branche in Deutschland ist, da mehr als 50 Prozent aller Investitionen in diesem Bereich anfallen. Öffentliche und private Investitionen sollen erleichtert werden, um die Modernisierung der Infrastruktur in Deutschland zu beschleunigen. Dazu werden die Rahmenbedingungen für Public Private Partnership (PPP) im Hoch- und Tiefbau weiter verbessert. Die Zahl der Pilotprojekte soll steigen, die Arbeit der bestehenden PPP-Task Force wird verstärkt. Ziel ist die Entwicklung einheitlicher Vertragsstrukturen und die Einführung allgemein anerkannter Regeln für eine Wirtschaftlichkeitsanalyse im Rahmen der Vergabe.

Die Bauwirtschaft kann mit Unterstützung der Bundesregierung bei dem Vorhaben rechnen, ein Leitbild Bauwirtschaft als Gesamtrahmen für eine moderne Baupolitik zu entwickeln, die mit Innovation und Qualität Investitionen und zukunftsfähige Arbeitsplätze sichert. Die Bauforschung des Bundes wird verstärkt und besser mit europäischen Netzwerken verknüpft. Die neue Bundesregierung plant die Errichtung einer Stiftung Baukultur (Baustiftung des Bundes), die die Möglichkeiten guten Planens und Bauens als gesellschaftlichen Anspruch für lebendige Städte einer breiten Öffentlichkeit bewusst machen soll.

Die HOAI soll systemkonform vereinfacht und transparent und flexibler gestaltet werden; stärkere Anreize zum kostengünstigen und qualitätsbewussten Bauen sollen eingefügt werden. Das Vergaberecht soll im Rahmen des bestehenden Systems novelliert werden. Das EU-Vergaberecht soll nur oberhalb der Schwellenwerte gelten. Indirekt deutet damit die neue Bundesregierung an, dass sie nicht daran denkt, einen Vergaberechtsschutz für kleinere öffentliche Bauprojekte einzuführen.

DIHK-Konjunkturumfrage im Herbst 2005: Bauunternehmer schauen optimistischer in die Zukunft

(brb).- Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat die Ergebnisse seiner aktuellen Konjunkturbefragung bei 81 Industrie- und Handelskammern in Deutschland in seiner Broschüre „Wirtschaftslage und Erwartungen im Herbst 2005“ vorgelegt. Grundlage für die DIHK-Ergebnisse sind Befragungen bei über 25.000 Mitgliedsunternehmen durch die IHK's, davon 1.500 aus der Bauwirtschaft. Die Umfrage fand überwiegend im September 2005 statt. Die Auswertung wurde Anfang Oktober abgeschlossen.

Die Stimmung in der Baubranche hat sich in den letzten Monaten deutlich aufgehellt. Die Bauunternehmen beurteilten im September ihre aktuelle und zukünftige Lage so positiv wie seit fünf Jahren nicht mehr: Zwei Drittel der im Rahmen der DIHK-Konjunkturumfrage befragten Bauunternehmen gaben ihre aktuelle Geschäftslage als gut bzw. befriedigend an, fast 70 Prozent erwarten für 2006 sogar eine gleichbleibende bzw. bessere Lage. Die seit Mai dieses Jahres steigenden Auftragseingänge veranlassen die Unternehmen, wieder positiver in die Zukunft zu schauen. Dies wirkt sich auch auf die Beschäftigtenplanungen aus: Der Anteil der Bauunternehmen, die ihren Personalstand im nächsten Jahr weiter reduzieren wollen, liegt auf dem niedrigsten Stand seit Herbst 2000. Allerdings wird der Beschäftigungsabbau nicht gestoppt, sondern lediglich verlangsamt, da nur 3 Prozent der Bauunternehmen zusätzliche Arbeitskräfte einstellen wollen.

Die Bauunternehmer beurteilen ihre Geschäftslage deutlich besser als in der letzten Umfrage im Frühsommer sowie in der Vorjahresumfrage im Herbst 2004. Zwar belegt die Baubranche mit einem Negativsaldo von 22 Prozentpunkten nach wie vor den letzten Platz bei der Geschäftslagebeurteilung der Wirtschaftszweige, doch nähern sich die Salden etwas denen der Industrie an. Auch war der Anteil der Bauunternehmen, die ihre Geschäftslage mit gut bzw. befriedigend bezeichnen, mit 66 Prozent seit fünf Jahren nicht mehr so hoch.

Auch die Einschätzung der Gewinnlage hat sich – entgegen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozentpunkte verbessert. Die gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise, die aufgrund des Konkurrenzdrucks nicht auf die Auftraggeber überwältigt werden können, lassen die Baubranche mit einem Negativsaldo von 34 Prozent aber immer noch den letzten Platz einnehmen (Durchschnitt über alle Branchen: - 15 Prozentpunkte).

Die Bauwirtschaft ist die einzige Branche, in der sich die Geschäftsperspektiven für 2006 (Geschäftserwartungssaldo aus „besser“- bzw. „schlechter“-Meldungen) im Vergleich zum Vorjahr aufgehellt haben: Und zwar merklich um zehn Prozentpunkte. Die seit einigen Monaten steigenden Aufträge von gewerblichen und öffentlichen Auftraggebern veranlassen die befragten Bauunternehmer wieder optimistischer in die Zukunft zu schauen: Fast 70 Prozent erwarten für 2006 eine bessere oder zumindest gleichbleibende Geschäftslage. Die erhöhte Investitionsneigung der Unternehmen und das Investitionsprogramm der öffentlichen Hand, welches zur Zeit überwiegend dem Straßenbau zugute kommt, machen sich bemerkbar.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (05 11) 7008 60
Telefax (05 11) 700 86 86
ISDN (05 11) 700 86 71

Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80

Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.